

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

Beschluss des Landesparteitags der FDP Bremen vom 9. April 2016

Bremen muss öffentliche Sicherheit gewährleisten

Der permanente Erhalt der öffentlichen Sicherheit ist zentrale Aufgabe des Staates. Sicherheit ist die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit.

Bremen vernachlässigt hier seit Jahren seine Pflichten in erschreckendem Maße.

Dies gilt für die Bereiche Polizei, Feuerwehr und Justiz gleichermaßen.

Daher fordert die FDP Bremen:

I. Polizei

1. Eine ausreichende Personalausstattung gemäß der Sicherheitslage und Einwohnerzahl
2. Erhöhung und Anpassung der Ausbildungskapazitäten für die Zukunft
3. Prüfung der Wiedereinführung eines mittleren Polizeidienstes
4. Unverzögliche Modernisierung der Sachausstattung (z.B. Fahrzeugpark)
5. Förderung der interkulturellen und Sprachkompetenz
6. Permanenter Abbau von Überstunden
7. Erhöhung der Polizeipräsenz vor Ort

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

II. Feuerwehr

1. Keine Einsparungen zu Lasten der Sicherheit
2. Angemessene Personalaufstockung zur permanenten Gewährleistung von Brand- und Katastrophenschutz unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl
3. Kontinuierlicher Abbau von Überstunden
4. Unverzögliche Neustrukturierung der Wachen der Berufsfeuerwehr zur Einhaltung der bundesweit geltenden Einsatzzeiten
5. Kontinuierliche Modernisierung der Sachausstattung der freiwilligen Feuerwehren

III. Justiz

Öffentliche Sicherheit wird durch Rechtsstaatlichkeit inhaltlich ausgestaltet. Ein konsequenter Rechtsstaat trägt zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit entscheidend bei.

Nur eine zeitnahe Verfolgung von sozialwidrigem und strafbewehrtem Verhalten und eine kurzfristige gerichtliche Ahndung werden einer spezialpräventiven Einwirkung auf den Täter und einer generalpräventiven Abschreckung für die Allgemeinheit gerecht.

Deshalb bedarf es:

1. eines Verzichtes auf Einsparungen bei Staatsanwaltschaft und Strafgerichten
2. einer angemessenen Erhöhung der Personalausstattung bei Staatsanwaltschaft, Strafjustiz und Verwaltungsgerichtsbarkeit, auch durch eine Erhöhung der Verwaltungseffizienz.